



Die Verantwortung der gewählten Parteien

In einer Zeit globaler Herausforderungen – von geopolitischen Spannungen über wirtschaftliche Umbrüche bis hin zu strukturellen/ resultierenden Defiziten im eigenen Land – tragen die gewählten politischen Parteien eine noch größere Verantwortung für unser Land. Die Legislative setzt die Rahmenbedingungen für unser Zusammenleben, unsere Wirtschaft, unsere Sicherheit für ein starkes und soziales Deutschland.

Diese Verantwortung muss über parteipolitische Interessen, Wahlkampfstrategien und den Erhalt von Posten gehen. Es geht um nicht mehr als die beste Lösung für ein zukünftig lebenswertes Deutschland. Gesetze müssen nicht den politischen Zeitgeist bedienen, sondern ein Ziel verfolgen, langfristig tragfähige Strukturen zu schaffen, die den Zusammenhalt sichern und unser Land zukunftsfähig machen – auch mit dem Einsatz von KI und elektronischer Bauakte.

Die wachsende Unzufriedenheit in der Bevölkerung zeigt sich deutlich in den Wahlergebnissen der letzten Jahre – hervorgerufen u.a. durch überbordende Bürokratie und marode Infrastruktur. Die Mitte wird schwächer, der anhaltende Zulauf nach rechts zur AfD und zu den Linken, ist ein Ausdruck für ein tiefes Misstrauen der Menschen in diesem Land in den Staat und seine Institutionen. Wenn die bestehenden Strukturen gute, effiziente Lösungen und Ergebnisse liefern würden, gäbe es diese Entwicklung nicht. Diese Wahlergebnisse sind eine klare Botschaft: Die Menschen glauben nicht mehr, dass die etablierten Parteien in der Lage sind, die Probleme unseres Landes in dieser Zeit zu lösen.

Das ist ein Warnsignal, das nicht mehr länger ignoriert werden darf. Die zukünftige Regierung hat jetzt die letzte Chance, die Dinge für unser Land richtig, effizient und verantwortungsbewusst zu ändern. Die politische Führung muss nun beweisen, dass sie nicht nur verwaltet, sondern gestaltet – dass sie nicht nur Probleme beschreibt, sondern Lösungen und noch viel mehr, erlebbare Ergebnisse liefert.

Ein wesentlicher Grundsatz dabei muss sein: Bundesrecht steht vor Landesrecht – so ist es auch im Grundgesetz festgelegt. Und dessen müssen sich alle Politiker bewusst sein. Landespolitische Eigeninteressen dürfen nicht über dem gesamtstaatlichen Wohl stehen. Einheitliche Regelungen für ganz Deutschland sind in zentralen Bereichen wie Infrastruktur, Bildung, Wirtschaft und Verwaltung notwendig, um gleiche Lebensverhältnisse zu schaffen und Effizienzsteigerungen zu ermöglichen. Diese Effizienzsteigerungen sind zwingend erforderlich - nur so kann Deutschland als



Ganzes wettbewerbsfähig bleiben – weniger ist mehr, einfach ist besser und digital ist schneller, um einen effizienten Staat aufzubauen.

Kernpunkte der notwendigen Reformen

Reduzierung der Bürokratie & klare, einheitliche Strukturen

- Weniger, aber klar verständliche Gesetze, die einen brauchbaren Rahmen für ein Arbeiten schaffen und effizient angewendet werden können.
- Beschleunigte Digitalisierung als Treiber für schnellere Prozesse und mehr Transparenz. Dabei ein konstruktiver Umgang mit dem wichtigen Thema Datenschutz, das aber im Rang NACH einer wirtschaftlichen Entwicklung steht. Als Beispiel kann die zögerliche Einführung der für die Energiewende wichtigen digitalen Energie- Zähler stehen.
- Einheitliche Bundesregelungen in wichtigen Bereichen wie Bau- und Naturschutzrecht, Bildung und Infrastruktur.
- Bundesrecht steht vor Landesrecht – diese Regelung muss konsequent durchgesetzt werden.

Infrastruktur als strategische Säule der Wettbewerbsfähigkeit

- Deutschland leidet unter massiven Defiziten bei Verkehr, Energie, Digitalisierung und Wohnungsbau.
- Gesetze dürfen nicht als Verhinderungsinstrument missbraucht werden. Wenn z. B. ein Bundesnaturschutzgesetz jahrelange Klageverfahren ermöglicht, die Infrastrukturprojekte unnötig verzögern, muss es im Sinne einer schnellen Lösung angepasst werden.
- Eine Reform der Genehmigungsverfahren ist unumgänglich. Planungszeiten von zehn oder mehr Jahren für Energieleitungen, Energieerzeugungsanlagen, Autobahnen, Brücken oder Bahnstrecken sind inakzeptabel (Digitale Bauakte).
- Infrastruktur ist eine nationale Aufgabe und für Deutschland als Kern in Europa auch eine europäische. Verzögerungen durch übermäßige Einzelfallbetrachtungen und Klagen müssen reduziert werden, ohne den Umweltschutz auszuhöhlen, aber mit einer klaren Gewichtung zugunsten des Allgemeinwohls. Beispiele in Europa für funktionierende Verfahren wären der Brennertunnel oder die Fehmarnbeltquerung, wo unsere europäischen Nachbarn zum Wohle Europas umsetzen und Deutschland noch immer mitten in der Planung steckt.



Priorisieren

- Bildung: Einheitliche Standards, Leistungsprinzip und praxisnahe wirtschaftliche und digitale Kompetenz.
- Verteidigung & Wehrpflicht: Wiedereinführung eines Dienstjahres (militärisch oder sozial), um gesellschaftlichen Zusammenhalt und Verteidigungsfähigkeit zu stärken.
- Steuer- & Wirtschaftssystem: Förderung von Unternehmertum, Leistungsgerechtigkeit und sozialer Verantwortung großer Vermögen.

Führung & klare Kommunikation

- Politiker müssen Ziele für unser Land definieren und den Mut haben, harte, aber notwendige Entscheidungen im Sinne des Ziels zu treffen. Menschen sind bereit, auch einen steinigen Weg zu gehen, wenn sie wissen, wofür!
- In dem Sinne braucht es eine regelmäßige, verständliche, sachliche und zielführende Kommunikation mit der Bevölkerung.
- Die Medien sollten stärker in die Verantwortung genommen werden, Reformen sachlich und objektiv zu begleiten. Die sozialen Netzwerke sollten Beiträge von verifizierten (elektronischer Personalausweis), mit Klarnamen postenden Menschen priorisieren. Identitäten wie „Gugelhupf 53“ können gerne ans Ende rutschen, wenn sie nicht den Mut haben, für ihre Meinung mit ihrem Namen und ggf. ihrem Bild einzustehen. Keinen Raum für Hass und Hetze!

Demografie als Chance nutzen

- Der demografische Wandel erfordert eine Modernisierung der Verwaltung und effizientere Ressourcennutzung, die als Change zu begreifen ist um eine Staatsquote von 30% (wie in den 60er Jahren) anzustreben – zum Wohle aller.
- Eine Dienstpflicht könnte eine Generation heranbilden, die wieder mehr Verantwortung und Gemeinschaftssinn lebt.

Fazit

Deutschland steht an einem Wendepunkt. Die Unzufriedenheit in der Bevölkerung ist unübersehbar und zeigt sich mehr als deutlich in den Wahlergebnissen. Wenn die neue Regierung nicht Ziele für dieses Land vorgibt und sich mutig und entschlossen an die Umsetzung macht, verliert die Politik endgültig das Vertrauen der Menschen.



Deshalb braucht es klare gesetzliche Rahmenbedingungen, die strategisch auf die gewählten Ziele ausgerichtet sind, Effiziente Strukturen schaffen und Fortschritt ermöglichen. Die gewählten Parteien müssen sich ihrer Verantwortung bewusst sein, die Legislative schafft die Rahmenbedingungen für uns alle.

Nicht Partei- Ideologie oder Machterhalt, sondern das Wohl unseres Landes muss im Mittelpunkt stehen.

Ein Blick in die deutsche Unternehmenslandschaft zeigt: Digitalisierung, effiziente Prozesse und klare Zielsetzungen sind längst keine Zukunftsvision mehr, sondern gelebte Realität. Unternehmen haben aus der Notwendigkeit heraus gelernt, sich an Best Practices zu orientieren, Technologien sinnvoll einzusetzen und Bürokratie abzubauen. Warum also sollte die öffentliche Verwaltung diesen erfolgreichen Ansätzen nicht folgen? Statt sich in föderalen Strukturen und komplexen Vorschriften zu verlieren, muss sie von der Wirtschaft lernen, mutig modernisieren und digitale Lösungen konsequent umsetzen. Ein Staat, der Innovation fördert und selbst innovativ handelt, kann nicht nur Vertrauen zurückgewinnen, sondern auch die Grundlage für ein wettbewerbsfähiges, effizientes und zukunftsfähiges Deutschland schaffen.

Deutschland braucht eine zielgerichtete, effiziente, handlungsfähige Politik, die Mut zur Veränderung zeigt, strategische Führung übernimmt, bestehende Strukturen hinterfragt und Reformen konsequent umsetzt, um wilde Kettensägen-Aktionen zu vermeiden. Klare Ziele und schnelle erste Ergebnisse sind wohl die einzige Möglichkeit, das Vertrauen der Menschen zurückzugewinnen und damit unser Land wieder zukunftsfähig zu machen.

Die Frage ist nicht mehr, ob Ziele und Reformen notwendig sind – sondern ob es den politischen Willen gibt, sie endlich zu definieren und umzusetzen.

Autor:

Uwe Leonhardt | UMaAG | Alter Weg 23 | 27478 Cuxhaven

Kontakt:

Christine Breeze

Tel: 04722 9109 172

E-Mail: info@agenda-2030-deutschland.de